Bericht der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 23.01.2024 im Sitzungssaal des Rathauses Mötzingen

Iselshauer Str. 46: Überdachung des bestehenden Carports

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dass das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 BauGB i. V. m. § 34 BauGB für die Errichtung einer Überdachung des bestehenden Carports auf dem Grundstück Iselshauer Str. 46, Flst.Nr. 1495, sowie zur Erteilung einer Befreiung nach § 31 Abs. 2 BauGB für die Überschreitung der Baulinie, erteilt wird.

Niederwiesenstr. 4: Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dass das gemeindliche Einvernehmen gemäß § 36 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 34 BauGB für die Errichtung eines Einfamilienhauses mit Doppelgarage auf dem Grundstück Flst.Nr. 65/7, Niederwiesenstr. 4 erteilt wird. Den notwendigen Befreiungen zur Überschreitung der Baulinien nach § 31 Abs. 2 BauGB wurde zugestimmt.

Teilfortschreibung des Regionalplans für die Region Stuttgart zur Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen hier: Beteiligungsverfahren gemäß § 9 Abs. 2 ROG bzw. § 12 Abs. 2 LplG

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dass die Verwaltung dem Verband Region Stuttgart folgende Stellungnahme mitteilen wird:

1. Der Gemeinderat nimmt die Planungen des Verbands Region Stuttgart zur Kenntnis und befürwortet, dass das 1,8 %-Flächenziel durch die Teilfortschreibung des Regionalplans erreicht werden soll.
2. Durch die Planungen zur Teilfortschreibung des Regionalplans für die Region Stuttgart zur Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen ist die Gemeinde Mötzingen im besonderen Maße belastet. Die dargestellten Flächen BB-05 (39 ha) auf Markung Mötzingen und BB-06 (12 ha, davon etwa 4 ha auf Markung Mötzingen) auf Markung Mötzingen und Jettingen umfassen in Summe ca. 43 ha. Das Regionsziel von 1,8 % der Fläche wären in Mötzingen mit einer Markungsfläche von rund 815 ha rechnerisch ca. 15 ha. Damit hätte Mötzingen überproportional viele Vorrangflächen für Windkraft. Zusätzlich ist zu beachten, dass auch die Fläche BB-03 auf Markung Bondorf und BB-04 auf Markung Bondorf und Gäufelden eine unmittelbare und die Fläche BB-07 auf Markung Jettingen eine mittelbare Betroffenheit erzeugen würde. Damit entstünde eine auch regionalplanerisch ungewollte Umzingelungswirkung der Gemeinde Mötzingen.

Die Gemeinde Mötzingen sieht den Ausbau der Windkraft als notwendig an, um die Klimaziele erreichen zu können. Vor dem genannten Hintergrund bitten wir bei der Teilfortschreibung jedoch nicht alle Flächen auf Markung Mötzingen zu berücksichtigen bzw. insbesondere die Fläche BB-05 zu verkleinern.

3. Die Fläche BB-06 ist im Regionalplan als Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen ausgewiesen. Die Rohstoffsicherung stellt einen wichtigen Faktor gerade für die Bauwirtschaft dar. Der ortsansässige Steinbruch benötigt dringend Rohstoffsicherungsflächen, um den Bedarf an Rohstoffen z.B. für die Bauindustrie auch künftig bedienen zu können. Vor diesem Hintergrund weisen wir die Fläche BB-06 komplett, zumindest jedoch die Teilfläche, die als Vorranggebiet zur Rohstoffsicherung ausgewiesen ist in der Teilfortschreibung des Regionalplans zurück.

Darüber hinaus erscheint uns der Abstand zum Wohngebäude Mötzinger Grund 1, Jettingen zu gering. Wir fordern dies anzupassen.

Das am 1. Februar 2023 in Kraft getretene Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (WindBG) legt für jedes Bundesland ein umzusetzendes Flächenziel fest. Für Baden-Württemberg beträgt dieses Ziel 1,8 % der Landesfläche. Mit der Ausweisung der entsprechenden Vorranggebiete Windkraft hat der Landesgesetzgeber die Regionalverbände betraut und diesen für ihren Satzungsbeschluss eine Frist bis zum 30. September 2025 gesetzt. Der Verband Region Stuttgart ist somit gefordert, seinen Regional-

plan (teil-)fortzuschreiben und hierbei 1,8 % der Regionsfläche als Vorranggebiet Windkraft auszuweisen. Gelingt dies nicht, so gelten Windenergieanlagen mit Ablauf der bundesrechtlich gesetzten Fristen (31.12.2027 bzw. 31.12.2032) als privilegierte Vorhaben, denen entgegenstehende Belange aus der Regional- oder Flächennutzungsplanung regelmäßig nicht entgegengehalten werden können:

Windenergieanlagen wären dann überall im Außenbereich bei Einhaltung der sonstigen gesetzlichen Bestimmungen zulässig!

Gerade im Hinblick auf die drohende Rechtsfolge eines unkontrollierten und nicht gesteuerten Ausbaus von Windenergieanlagen, kommt der planerischen Ausweisung und damit regionalen Steuerung durch den Regionalverband eine große Bedeutung zu. Dies umso mehr, da der Umkehrschluss gleichermaßen gilt: Gelingt es dem Verband Region Stuttgart, den gesetzlichen Zielen zu entsprechen und innerhalb der genannten Fristen 1,8 % der Regionsfläche für Vorranggebiete Windenergie auszuweisen, so stehen außerhalb dieser Flächen Windenergieanlagen sonstige Belange entgegen, d.h. Anlagen für Windenergie sind dort regelmäßig unzulässig.

Der Verband Region Stuttgart hat bereits vergangenes Jahr die Teilfortschreibung seines Regionalplanes eingeleitet. Nach Durchführung einer frühzeitigen, informellen Beteiligung hat die Verbandsverwaltung einen Planentwurf erarbeitet, der mit Beschluss der Regionalversammlung vom 25. Oktober 2023 in die Auslegung ging. Träger öffentlicher Belange, Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die Öffentlichkeit haben bis zum 2. Februar 2024 Zeit, zum Planentwurf Stellung zu nehmen. Der Verband Region Stuttgart begleitet diese Auslegung mit öffentlichen Informationsveranstaltungen, von denen zwei im Landkreis Böblingen stattfanden: Am 21. November 2023 waren Vertreter des Regionalverbandes in Sindelfingen zu Gast, am 30. November 2023 fand eine Veranstaltung in Rutesheim statt. Neben Veranstaltungen in anderen Landkreisen der Region Stuttgart gab es am 28. November 2023 auch einen Onlinetermin. Der interessierten Bevölkerung wurde auf diesen Veranstaltungen Gelegenheit gegeben, sich über das Vorgehen bei der Auswahl der Flächen sowie der berücksichtigten Aspekte und Vorgaben zu informieren und Fragen zu stellen.

Grundlage jeder Planung zur Ausweisung von Vorranggebieten zur Nutzung von Windenergie ist ein ausreichendes Winddargebot. Die Verbandsverwaltung hat sich an den ausgewiesenen Gebieten und Werten des Windatlasses Baden-Württemberg 2019 orientiert und für die Planung als relevanten Schwellenwert eine „Mittlere gekappte Windleistungsdichte“ von 215 Watt pro Quadratmeter (W/m^2) in einer Höhe von 160 Metern über Grund angesetzt. Diese übernommenen Maßstäbe nach dem Windatlas werden zwar häufig von Windkraftgegnern kritisiert, bilden jedoch nach übereinstimmender Aussage von Projektierern eine gute und fundierte Annahme, die sich regelmäßig durch Windmessungen bestätigen. Für die Ausweisung von Vorranggebieten ist es erforderlich, dass keine rechtlichen sowie planerischen Vorgaben einer Installation von Windenergieanlagen entgegenstehen. Gerade rechtliche und tatsächliche Ausschlusskriterien sind vom Verband zwingend anzuwenden. Andernfalls wäre die Planung offensichtlich nicht umsetzbar und mangelhaft.

Rechtliche Ausschlusskriterien

Rechtliche Ausschlusskriterien sind flächenhaft auftretende Sachverhalte, die einer Errichtung bzw. dem Betrieb einer Windenergieanlage entgegenstehen und auch nicht überwunden werden können. Diese Flächen können nicht als Vorranggebiet ausgewiesen werden und scheiden daher bei der weiteren Planung aus. Beispiele hierfür sind bereits mit anderer Nutzung belegte Flächen wie Wohngebiete oder Autobahnen sowie durch Fachgesetze geschützte Bereiche mit den erforderlichen Mindestabständen.

Planerische Abwägungskriterien

Planerische Abwägungskriterien sind zumeist flächenhafte Informationen, welche die Errichtung von Windenergieanlagen nicht zwingend verhindern, aber aus von der Regionalverwaltung entsprechend gewichteten Gründen nicht für die Ausweisung von Vorranggebieten herangezogen werden sollen. So hat etwa der Regionalverband den allgemeinen Vorsorgeabstand, der zwischen mit Wohngebäuden bebauten Ortsteilen und Windenergieanlagen 700 m beträgt, auf 800 m erhöht. Auch Vorranggebiete für Wohnungsbau fallen hier herunter.

Der Verband Region Stuttgart hat zu den einzelnen Standortvorschlägen Steckbriefe erstellt, die die Größe des Gebiets, die derzeitige Flächennutzung, die allgemeinen Eignungskriterien (abgeleitet von den Daten des Windatlasses 2019), Vorbelastungen, regionale Planungen und eine Gesamtbeurteilung umfassen.

Die unsere Raumschaft des Oberen Gäus betreffenden Steckbriefe BB-01, BB-03, BB-04, BB-05, BB-06 und BB-07 befinden sich in der Anlage der Sitzungsvorlage (Anlage 2).

Im Rahmen der Aufforderung zur Stellungnahme forderte der Verband Region Stuttgart explizit dazu auf, dies zu überprüfen und ggf. durch die Fachbehörden zu ergänzen.

Von den seitens des Verbandes Region Stuttgart vorgeschlagenen Standorten liegt der Standort BB-05 komplett sowie der Standort BB-06 teilweise auf Gemarkung der Gemeinde Mötzingen. Daneben sind die Standorte BB-03 (Bondorf) und BB-04 (Bondorf, Gäufelden) in unmittelbarer und BB-07 (Jettingen, Herrenberg) in mittelbarer Nachbarschaft der Gemeinde und damit durchaus wahrnehmbar.

Zu den Standorten im Einzelnen:

BB-05

Der Standort befindet sich im Osten der Gemarkung Mötzingen.

Dieses Gebiet ist insbesondere auch für den Freizeitnutzen von hohem Interesse. Eine Bebauung mit Windkraftanlagen würde das Landschaftsbild ungleich stärker prägen, als dies bisher der Fall ist, was jedoch auf jeden Standort zutrifft.

BB-06

Der Standort befindet sich im Norden der Gemarkung Mötzingen in Richtung Jettingen und ist zum Teil auf Mötzinger Gemarkung ausgewiesen.

Dieses Gebiet ist im Regionalplan als Vorranggebiet zur Sicherung von Rohstoffen ausgewiesen. Die Rohstoffsicherung stellt aus Sicht der Verwaltung einen wichtigen Faktor dar, da nur dadurch die ebenfalls dringend benötigten Rohstoffe, z.B. für die Bauindustrie, Straßenbau, usw. gesichert werden können.

Eine Beschneidung der Flächen der Rohstoffsicherung könnte eine Einschränkung der Abbaumöglichkeiten des Steinbruchs in Mötzingen bedeuten. Das im Regionalplan bestehende Vorranggebiet zur Rohstoffsicherung sollte daher Berücksichtigung finden.

Die Standorte BB-03 (Bondorf Bernloch), BB-04 (Bondorf, Gäufelden) befinden sich zwar nicht auf Mötzinger Gemarkung, sind aber in unmittelbarer Nachbarschaft. Der Standort BB-07 (Jettingen, Herrenberg) befindet sich im Norden von Jettingen und ist damit zwar nicht in unmittelbarer Nachbarschaft, aber mittelbar aus Mötzingen dennoch wahrnehmbar.

Da die Gesetzeslage bei Unterschreitung des Schwellenwerts von 1,8 % der Regionsfläche einen Wildwuchs bei den Windkraftanlagen ergeben würde, ist das Vorgehen der Region grundsätzlich zu begrüßen. Die Ausweisung von Vorranggebieten gibt Planungssicherheit und ermöglicht die Energieversorgung in der Gemeinde zu einem größeren Teil autark und klimaneutral zu gestalten.

Die Verwaltung des Verbands Region Stuttgart wird die bis zum 2. Februar 2024 eingegangenen Stellungnahmen sichten, bewerten und die Regionalversammlung wird sich mit diesen voraussichtlich in ihrer Sitzung am 17. April 2024 auseinandersetzen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen Änderungen im Planentwurf ergeben, die zu einer Neuauslage des Planwerks führen.

Neben der Ausweisung entsprechender Vorranggebiete bedarf es einer Reihe weiterer Maßnahmen, um die Energiewende tatsächlich umzusetzen. Einer großen Bedeutung kommt dem Netzausbau zu. Windenergieanlagen speisen ebenso wie PV-Anlagen den durch sie erzeugten Strom in die Stromnetze ein. Die Stromnetze müssen diese Energie aufnehmen und verteilen können. Dies dürfte bereits jetzt schwierig sein, mit der Umsetzung weiterer Maßnahmen, wie dem verstärkten Einsatz von Wärmepumpen und der zunehmenden Elektrifizierung des Fahrzeugbestandes allerdings fast unmöglich werden. Die Netzbetreiber sind daher gefordert, die Stromnetze für die Energiewende auszubauen.

Daneben wird, selbst bei Belegung sämtlicher vorgeschlagener Vorranggebiete im Landkreis Böblingen mit Windenergieanlagen, grüner Strom vor allem an der Küste Norddeutschlands gewonnen werden. Der Wind weht dort beständig und stärker als im Süden Deutschlands.

Um diesen Strom in die Region Stuttgart zu bringen, sieht der Entwurf des Netzentwicklungsplans 2037/2045 eine Ertüchtigung und Erweiterung des Höchstspannungsnetzes vor. Um weiter attraktiv und wirtschaftsstarke zu sein, wird es notwendig sein, dass die Gemeinde die dringend notwendigen Investitionen in das Stromnetz von den Übertragungs- und Verteilnetzbetreibern einfordert. Nur im Zusammenspiel zwischen dieser Netzertüchtigung und dem Ausbau Erneuerbarer Energien wird es gelingen, die Energiewende zu meistern und den Wohlstand zu sichern.

Die nun in der Fortschreibung des Regionalplans dargestellten Flächen BB-05 (39 ha) und BB-06 (12 ha, davon etwa 4 ha auf Gemarkung Mötzingen) umfassen in Summe ca. 43 ha. Das Regionsziel von 1,8 % der Fläche wären in Mötzingen mit einer Markungsfläche von rund 8,15 km² (815 ha) ca. 15 ha. Damit wäre Mötzingen überproportional mit Vorrangflächen für Windkraft vertreten.

Zusätzlich ist zu beachten, dass auch die Fläche BB-03 auf Markung Bondorf sowie die Fläche BB-04 (Bondorf, Gäufelden) eine unmittelbare und die Fläche BB-07 auf Markung Jettigen eine mittelbare Betroffenheit erzeugen würde.

Die Fläche BB-06 ist als Vorranggebiet zur Rohstoffsicherung ausgewiesen und sollte aus diesem Aspekt aus der Planung durch die Region Stuttgart herausgenommen werden.

Insgesamt sind deutlich mehr als 1,8 % der Gemarkungsfläche in Mötzingen unmittelbar sowie nochmals deutlich mehr mittelbar ausgewiesen. Aus diesen Aspekten sollten insgesamt die Flächen im Oberen Gäu verkleinert werden.

Nach Kenntnis der Verwaltung ist ähnlich wie in anderen Gemeinden bereits ein Projektentwickler auf Eigentümer zugegangen, um Pachtverträge für Windkraftanlagen zu schließen.

Spendenbericht 2. Halbjahr 2023

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen:

1. Der Annahme der in der Anlage 2 aufgeführten Einzelspenden Nr. 1 bis Nr. 2 (jeweils bis 100,- €) wird in Sammelentscheidung zugestimmt.
2. Der Annahme der in der Anlage 2 aufgeführten Einzelspenden wird zugestimmt:
 - a) Novalis Wohlfühl-Accessoires, Tanja Stiegele 315,82 €
 - b) Volksbank Raiffeisenbank AmmerGäu eG 500,00 €
 - c) Spender/-in möchte nicht genannt werden 1.500,00 €

Im zweiten Halbjahr 2023 gingen bei der Gemeindeverwaltung insgesamt **2.463,21 €** an Spenden für verschiedene Zwecke ein. Für die Kindertageseinrichtung Villa Kunterbunt ging eine Geldspende in Höhe von 500,00 € ein. Das Freizeitgelände konnte Spenden in Höhe von 47,39 € verbuchen, die Gemeindebücherei erhielt eine Sachspende in Höhe von 315,82 €. Die Freiwillige Feuerwehr wurde mit Geldspenden in Höhe von 1.600,00 € bedacht.

Von Seiten der Verwaltung bestehen keine Bedenken gegen die Annahme der Spenden.

Die Verwaltung bedankt sich herzlich bei den Spender/-innen.

Haushaltsjahr 2023 - Finanzbericht 4. Quartal 2023

Der Gemeinderat hat den Haushaltzwischenbericht des vierten Quartals zur Kenntnis genommen.

Die Verwaltung informiert den Gemeinderat vierteljährlich im Rahmen eines Finanzberichts über den Vollzug des Haushaltsplans. Hierbei erläutert die Verwaltung wesentliche Abweichungen im Vergleich zur Haushaltsplanung und informiert über den Stand der Umsetzung von Investitionsprojekten.

Ergebnishaushalt:

Gewerbsteuer

Das Gewerbesteueraufkommen beträgt 694.468,91 Euro, veranschlagt waren 850.000 Euro. Es hat sich bereits im Lauf des Jahres abgezeichnet, dass das Aufkommen unter dem Planansatz liegen wird.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Das Aufkommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde für das Jahr 2023 für Baden-Württemberg mit 7,75 Mrd. Euro prognostiziert. Im Rahmen der Mai-

Steuerschätzung wurde das Aufkommen auf 7,52 Mrd. Euro korrigiert und im Rahmen der Oktober-Steuerschätzung auf 7,68 Mrd. Euro. Die Abrechnung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für das Jahr 2023 entspricht dem Ergebnis der Oktober-Steuerschätzung. Der Anteil der Gemeinde Mötzingen beträgt rd. 2.500.388 Euro und verringert sich im Vergleich zur Haushaltsplanung um rd. 158.000 Euro.

Schlüsselzuweisungen

Die Erträge aus den Schlüsselzuweisungen waren mit 2.243.000 Euro veranschlagt. Die Zuweisungen betragen 2.294.302,80 Euro und liegen rd. 51.000 Euro über dem Planansatz. Die Mehrzuweisungen ergeben sich aus Nachzahlungen für die Jahre 2021 und 2022 in Höhe von rd. 48.000 Euro.

Personalaufwand

Die gesamten Personalaufwendungen waren mit 4.265.000 Euro veranschlagt. Im Jahr 2023 liegen die Personalaufwendungen rd. 200.000 Euro unter dem Planansatz.

Gewerbesteuerumlage

Aufgrund des geringeren Gewerbesteueraufkommens fällt die Umlage rd. 18.500 Euro niedriger aus als veranschlagt.

Im Ergebnishaushalt können die geringeren Erträge durch geringere Aufwendungen ausgeglichen werden. Derzeit stehen allerdings die Abrechnungen für Gas-, Strom, Abwasser und Wasser für das Jahr 2023 noch aus. Das ordentliche Ergebnis wird negativ ausfallen und sich im Bereich des Planansatzes bewegen. Der Zahlungsmittelüberschuss im Ergebnishaushalt beträgt rd. 275.000 Euro, veranschlagt waren 162.000 Euro.

Finanzhaushalt:

Im Haushaltsjahr 2023 waren die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit mit 290.000 Euro und die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit mit 600.000 Euro veranschlagt.

Die tatsächlichen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen 4.275,00 Euro. Davon entfallen 4.2000 Euro auf die Veräußerung eines Grundstücks und 75,00 Euro auf die Veräußerung von beweglichem Sachvermögen.

Die tatsächlichen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit betragen 1.054.129,21 Euro. Davon entfallen auf den Grunderwerb 6.288,42 Euro, Baumaßnahmen 970.144,56 Euro, den Erwerb von beweglichem Sachvermögen 37.572,52 Euro, den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen (Software) 7.958,13 Euro und auf Investitionsförderungsmaßnahmen (Umlagen an Zweckverbände) 32.165,58 Euro.

Der Schuldenstand lag am 01.01.2023 bei 1.290.885 Euro. Im laufenden Jahr wurden zur Finanzierung der Investitionen zwei Kredite mit insgesamt 400.000 Euro aufgenommen und 99.242 Euro getilgt. Der Schuldenstand beträgt zum Jahresende 1.591.643 Euro. Dies entspricht einer pro-Kopf-Verschuldung von rd. 423 Euro je Einwohner.

Haushaltsplan 2024 - Einbringung des Haushaltsplanentwurfs

Der Gemeinderat hat den Haushaltsplan zur Kenntnis genommen.

Aus der Mitte des Gemeinderats wurde der Antrag gestellt, im Rahmen einer Haushaltskommission den Haushalt nochmals genauer zu beleuchten, bevor über den Haushalt beschlossen werden kann. Die Verwaltung sicherte einen entsprechenden Termin zu.

Im Ergebnishaushalt sind die ordentlichen Erträge mit 10.430.000 Euro und die ordentlichen Aufwendungen mit 10.940.000 Euro veranschlagt. Damit übersteigen die ordentlichen Aufwendungen die ordentlichen Erträge um 510.000 Euro. Nach Abzug der nicht zahlungswirksamen Aufwendungen (Abschreibungen) und Erträge (Auflösung von Zuweisungen und Zuschüssen, sonstigen Sonderposten und Rückstellungen) betragen die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 10.062.000 Euro und die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit 9.967.000 Euro. Es ergibt sich ein Zahlungsmittelüberschuss im Ergebnishaushalt in Höhe von 95.000 Euro.

Die Zuweisungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs betragen 5,748 Mio. Euro. Davon entfallen 2,669 Mio. Euro auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ist mit rd. 26 % am Anteil der Erträge des Ergebnishaushalts die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde. Die Erträge aus den Schlüsselzuweisungen und der kommunalen Investitionspauschale werden mit 2,723 Mio. Euro veran-

schlagt. Die Aufwendungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs werden mit 3,001 Mio. Euro veranschlagt. Damit verbleiben aus dem kommunalen Finanzausgleich 2,747 Mio. Euro bei der Gemeinde.

Die Erträge aus den Realsteuern werden mit 1.302.000 Euro veranschlagt. Davon entfallen auf die Grundsteuer 546.000 Euro und auf die Gewerbesteuer 750.000 Euro.

Den größten Posten im Ergebnishaushalt bildet mit 4,6 Mio. Euro der Personalaufwand. Dies entspricht rd. 42 % des Aufwands im Ergebnishaushalt. Davon entfällt der überwiegende Teil von rd. 3,195 Mio. Euro auf den Bereich Bildung und Betreuung (rd. 70 %).

Der Aufwand für die laufende Unterhaltung der kommunalen Liegenschaften wurde mit 152.000 Euro veranschlagt. Dies entspricht rd. 1,4 % der ordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt. Die Planansätze berücksichtigen nur die notwendigsten Aufwendungen für die laufende Instandhaltung der Liegenschaften.

Der Aufwand für die laufende Unterhaltung des kommunalen Infrastrukturvermögens wurde mit 207.500 Euro veranschlagt. Dies entspricht rd. 1,9 % der Aufwendungen im Ergebnishaushalt. Von den Aufwendungen entfallen 30.000 Euro auf die laufende Unterhaltung der Wasserversorgung und 55.000 Euro auf die laufende Unterhaltung im Bereich der Abwasserbeseitigung.

Der Aufwand der kostenrechnenden Einrichtung „Wasserversorgung“ wurde kostendeckend veranschlagt. Bei der Abwasserbeseitigung ergibt sich eine Unterdeckung von - 85.000 Euro. Die Aufwendungen für die Bewirtschaftungskosten (Gas, Strom, Wasser, Abwasser) der Liegenschaften wurden mit 350.000 Euro veranschlagt. Dies entspricht rd. 3,2 % des Aufwands im Ergebnishaushalt. Im Jahr 2022 lagen die Bewirtschaftungskosten bei rd. 230.000 Euro. Dies entspricht einer Steigerung von rd. 52 %. Ein Großteil der Kostensteigerungen ist auf die Erhöhungen bei den Gas- und Strompreisen zurückzuführen.

Im Finanzhaushalt sind die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit mit 680.000 Euro und die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit mit 990.000 Euro veranschlagt. Bei den Auszahlungen entfallen auf Baumaßnahmen 675.000 Euro, auf den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen 129.500 Euro, auf Investitionsförderungsmaßnahmen 75.500 Euro und auf den Grunderwerb 110.000 Euro.

Ein wichtiges Projekt für die Gemeinde Mötzingen ist die Erschließung von Bauland. Derzeit läuft das Bebauungsplanverfahren für die Erschließung der Baugebiete Röte II und Röte III. Bei einer Umsetzung des Projekts erfolgen die ersten Zahlungsverpflichtungen voraussichtlich im Lauf des Jahres 2024. Die Finanzierung der Baugebiete Röte II und Röte III erfolgt über eine Sonderfinanzierung im Rahmen eines kreditähnlichen Rechtsgeschäftes.

Die Investitionstätigkeit der Gemeinde Mötzingen hängt in den nächsten Jahren vor allem von der Realisierung der geplanten Neubaugebiete ab. Darauf aufbauend ist der Neubau eines Kindergartens sowie eine Erweiterung der Grundschule erforderlich. Für den Neubau eines Kindergartens ist im Haushaltsjahr 2024 eine Planungsrate in Höhe von 25.000 Euro veranschlagt. Eine mögliche Erweiterung der Grundschule hängt auch von den gesetzlichen Rahmenbedingungen für das Recht auf eine Ganztagesbetreuung an der Grundschule ab. Im Haushaltsjahr 2024 ist eine erste Planungsrate in Höhe von 25.000 Euro für eine mögliche Erweiterung der Grundschule veranschlagt. Da derzeit noch keine Planungen für die beiden Projekte vorliegen, wurde auf eine Veranschlagung von Planmitteln in der Finanzplanung verzichtet.

Im Finanzhaushalt sind in der Finanzplanung in den Jahren 2025 bis 2027 fünf Tiefbaumaßnahmen veranschlagt. Jeweils die Erneuerung einer Wasserleitung in den Jahren 2025 bis 2027, die Sanierung einer Gemeindestraße im Jahr 2026, der Bau eines Radweges sowie Investitionen im Kanalbereich.

Die Liquidität der Gemeinde liegt im Planungszeitraum jeweils über der geforderten Mindestliquidität. Kreditaufnahmen sind in den Jahren 2024 bis 2027 im Haushalt nicht veranschlagt, für zusätzlich geplante Investitionen allerdings erforderlich.

Weitere Sachvortrag erfolgte im Rahmen der Sitzung

Europa-, Regional- und Kommunalwahlen 2024: Vorbereitende Beschlüsse

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen: